

1. MAI

Kampftag oder Pflichttermin?
zu Geschichte und Sinn des 1. Mai

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BREMEN

Der Tag der Arbeit ein Pflichttermin zum Demonstrieren?

3 .567.944 BürgerInnen waren bei der letzten Zählung in der Bundesrepublik Deutschland offiziell erwerbslos. Hinzu kommen 1.205.597 nicht mitgezählte Personen, wie Erwerbslose, die krank sind, die einen Ein-Euro-Job haben, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt sind oder die an Weiterbildungen teilnehmen. Auch fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen

Statistik. Ebenso jene Menschen, die von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden.

Somit sind 4.773.541 Personen direkt oder indirekt von der Arbeitslosigkeit betroffen. Hinzu kommen die vielen KollegInnen, die kurzarbeiten.

Ja, der 1. Mai ist ein Pflichttermin zum Demonstrieren! Und zwar für Alle, die die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen wollen. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn. Mit der

Umwandlung von Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Mit einer Arbeitszeitreduzierung. Mit einer altersgerechten Gestaltung der Arbeit.

Also, raus auf die Straße und für eine gerechte Arbeitswelt kämpfen! Viel Spaß bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht

Michael Horn

Inhalt:

- | | | |
|---|---|---|
| 2 Wie der Tag der Arbeit missbraucht wurde | 7 Macht abgeben an die Stadtteilparlamente | 10 Veranstaltungstipp: Sinti und Roma |
| 3 Ist der 1. Mai noch zeitgemäß? | 7 KVLDW diskutiert Programm-Entwurf | 10 Auszählung des Mitgliederentscheids |
| 4 Solidarität – nicht nur am 1. Mai | 8 Auf der BreNor 2010 | 11 Aus meinem Bücherregal |
| 5 Keine Wahl für britische Gewerkschaften | 9 Tagung des Länderrates des FdS | 12 Termine / Impressum |
| 6 Landesparteitag der Bremer LINKEN | 10 Personalien | |

Thema: 1. Mai

Wie der Tag der Arbeit missbraucht wurde

Delegierte verschiedener sozialistischer Organisationen und Gewerkschaften fassten 1889 in Paris den Beschluss am 1.5.1890 eine weltweite Aktion für die Einführung des Achtstundentages zu organisieren.

Diese Entscheidung war die Geburtsstunde des internationalen „Kampftages der Arbeiterklasse.“

Am 1.Mai 1890 kam es in verschiedenen deutschen Städten, u.a. in Dresden, Berlin und Hamburg, zu Streik-Aktionen. In Bremen fand eine abendliche Feier mit Kundgebungen für den Achtstundentag statt.

43 Jahre später missbrauchten die NS-Machthaber den 1. Mai 1933 auch

in Bremen für ihre Propagandazwecke. Sie inszenierten eine minutiös durchgeplante Mai-Feier.

Vor dem Dom ließen die Nationalsozialisten einen „Altar der Arbeit“ aufbauen. In der Kirche predigte der NS-Pastor und spätere Landesbischof Heinz Weidemann. Zeitgleich fanden in den Betrieben Appelle statt, auf denen die Anwesenden registriert wurden.

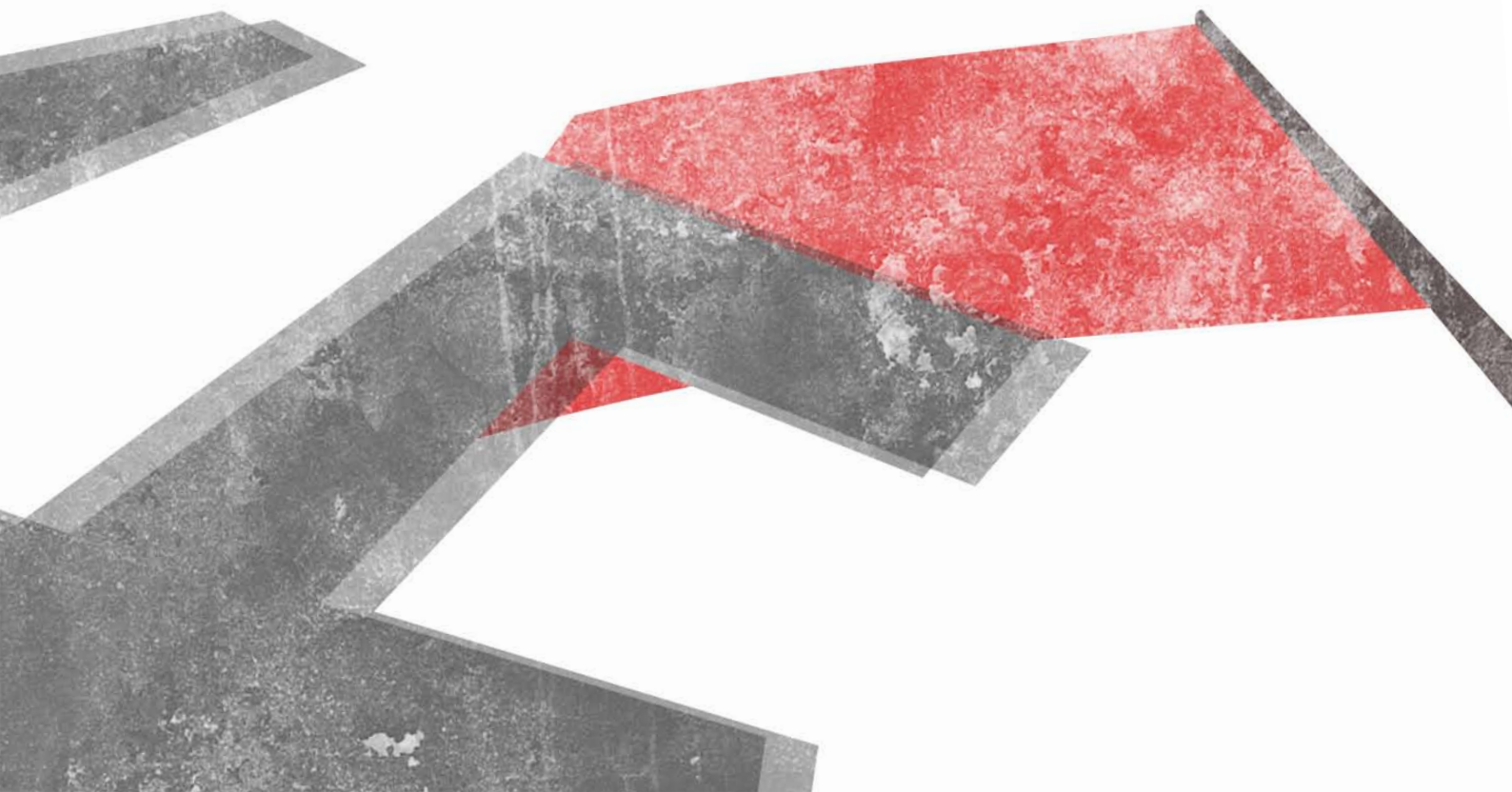
Ab 9.00 Uhr wurde auf verschiedenen Bremer Plätzen die Berliner Goebbels Rede übertragen, dann gab es Platzkonzerte.

Um 15.00 Uhr begann dann der Maiumzug von der Nordstrasse zum Weserstadion. Dort fand die zentrale Kundgebung statt. Es redete unter

anderem Dr. Makert, der seit dem 18. März 1933 Bürgermeister in Bremen war. Zum Abschluss wurde die Rede Adolf Hitlers auf dem Tempelhofer Feld in Berlin übertragen.

Die Machtdemonstration der nationalsozialistischen Diktatur am 1. Mai 1933 war der Beginn der endgültigen Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung. Einen Tag später fand reichsweit die Besetzung der Gewerkschaftshäuser statt. Führende Gewerkschaftsfunktionäre wurden in Schutzhaft genommen.

Manfred Bannow-Lindtke



Thema: 1. Mai

Ist der 1. Mai noch zeitgemäß?

Die Entstehung des 1. Mai im 19. Jahrhundert ist eng mit Forderungen verbunden, die sich auch heute wieder drängend stellen. Das war zum einen die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung – der 1. Mai entstand als ein Tag der Agitation für den Acht-Stunden-Tag. Das war zum anderen der Protest gegen Lohndumping und Prekarisierung – die ersten Mai-Demonstrationen protestierten gegen Lohnsenkungen und den Versuch der Arbeitgeber, Teile der Beschäftigten durch Billigarbeiter zu ersetzen. Und das war drittens die Forderung nach Arbeitsrechten und dem Recht, sich zu organisieren – die Unternehmer reagierten auf die ersten Mai-Demonstrationen mit Aussperrungen und Massenentlassungen. Der rote Faden des 1. Mai war die Botschaft, dass die Arbeitskraft keine Ware ist. Ihr Preis und ihre Bedingungen dürfen nicht dem freien Spiel des Marktes überlassen werden, sondern müssen organisiert verteidigt und gesichert werden. Weil auf Arbeitsplätzen keine Roboter stehen, sondern Menschen.

Die Frage ist weniger, ob der Erste Mai noch zeitgemäß ist, sondern ob sich das in ihm wiederfindet, was ihn aktuell macht. Die letzten Jahre haben eine Wiederkehr frühkapitalistischer Haltungen gebracht, die man vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Die Arbeitszeit wird verlängert, um die Massenarbeitslosigkeit fürs Lohndrücken auszunutzen. Immer mehr Unternehmen eröffnen eigene Zeit- und Leiharbeitsfirmen, um Stammpersonal gegen Billigkräfte mit

eingeschränkten Arbeitsrechten auszutauschen. „Bulletin-Kündigungen“ wegen nicht beweisbaren Lappalien sind an der Tagesordnung, insbesondere dort, wo die Bildung von Betriebsräten verhindert werden soll.

In Bremen ist heute fast jeder zweite Arbeitsplatz in der einen oder anderen Weise prekär. Leih- und Zeitarbeit, Mini- und Midi-Jobs, Niedriglöhne, Befristungen höhlen die Errungenschaft aus, dass der Preis und die Bedingungen der Arbeit organisiert und kollektiv gesichert sein müssen. Frauen und MigrantInnen sind am stärksten Opfer der Prekarisierung von Arbeit. Unternehmen des Landes sind daran beteiligt, neue Niedriglohngruppen zu schaffen. Angst, Depressionen und Mobbing durch selbstherrliche Chefs werden zu neuen Volkskrankheiten. Die Hetze gegen Hartz-IV-EmpfängerInnen und die Entregelung

der Arbeitsverhältnisse gehen Hand in Hand.

Der 1. Mai ist nicht der Feiertag derer, die noch einen halbwegs geregelten Arbeitsplatz haben. Er ist der gemeinsame Kampftag all derer, die von ihrer Arbeitskraft leben müssen – Arbeitslose, Kernbelegschaften und prekär Beschäftigte. Dass dieser Aspekt zeitweise in den Hintergrund trat, war vor einigen Jahren der Grund für die Euro-Mayday-Bewegung. Heute stellt sich nicht nur die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, Entprekarisierung und einer neuen Generation wirksamer Arbeitsrechte. Angesichts der Billionen, mit denen weltweit Banken und Konzerne auf Kosten der Beschäftigten und der Bevölkerung „gerettet“ werden, stellt sich auch wieder die Frage: Wem gehört eigentlich die Produktion? Wer darf darüber entscheiden?

Ob der 1. Mai zeitgemäß ist, entscheidet sich danach, wie wir ihn führen. Tragen wir als SozialistInnen dazu bei!

Christoph Spehr



Foto: Jan Bullwinkel

Glücklicher Arbeiter?

Eine kritische Zeichnung zur Arbeitswelt von 2010

Thema: 1. Mai

Solidarität!

nicht nur am ersten Mai

Die Folgen der Wirtschaftskrise erschüttern noch immer die Gesellschaft und doch wittern wirtschaftsliberale Kreise Morgenluft. Ideen, die kurz nach Ausbruch der Krise quer durch die Parteienlandschaft noch als die einzige mögliche Antwort gehandelt wurden, scheinen aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden.

Soziale Kontrolle der Märkte, menschenwürdige Löhne und die Absicherung von Sozialleistungen werden im Namen steigender Aktienkurse und Gewinnmaximierung über Bord geworfen.

Dass dies unter einer schwarzgelben Regierung geschieht, mag niemanden überraschen. Wie schnell nach der schlimmsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren wieder zu der alten neoliberalen Agenda übergegangen wurde, schon.

Nicht nur, dass der Krise keine Maßnahmen folgen sollen, um die Menschen vor ihren Folgen zu schützen. Sie wird sogar zum Vorwand genommen, weiteren sozialen Kahlschlag zu betreiben. Die Verursacher des Finanzkollapses werden auf Kosten der ArbeitnehmerInnen geschützt, ohne dass hochriskante Geschäftsmodelle in Frage gestellt werden. Es ist eine Entwicklung welche die Schere zwischen arm und reich immer weiter öffnet.

Foto: www.pixelio.de (schemmi)

Rettungsfonds für Banken, Steuergeschenke für Besserverdienende und Branchen, die bereit sind, entsprechende Parteispenden zu leisten, stehen dabei auf der einen Seite. Auf der anderen Seite verlieren Menschen ihre Arbeitsplätze und geraten in menschenunwürdige Abhängigkeitsverhältnisse.

Die Folgen sind überall spürbar: entwürdigende Bedürftigkeitsprüfungen und Überwachung von HARTZ IV-EmpfängerInnen, die Rente ab 67, die Aushebelung von Tarifvereinbarungen durch Leiharbeit und ganzen Branchen, die nur noch Niedriglöhne zahlen.

Besonders letzteres betrifft nicht nur die 6 Millionen ArbeitnehmerIn-

nen in Deutschland, die mittlerweile für Mini-Einkommen arbeiten. Durch den Abbau von vollwertigen Arbeitsplätzen entgehen den Ländern und Kommunen jedes Jahr Milliarden aus Steuereinnahmen. Die daraus resultierenden Sparmaßnahmen, vor allem im sozialen Bereich, treffen jede BundesbürgerIn. Um diese Abwärtsspirale zu stoppen, geht DIE LINKE am Tag der Arbeit, gemeinsam mit den Gewerkschaften in Bremen Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven auf die Straße.

Für eine gerechte, solidarische Gesellschaft lohnt es sich zu kämpfen, am 1. Mai und an jedem anderen Tag im Jahr.

Inga Nitz

zur Sache

Keine Wahl für britische Gewerkschaften

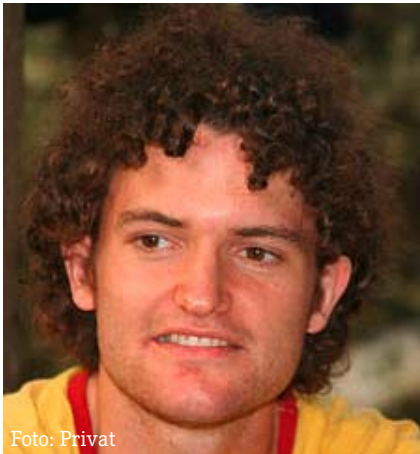


Foto: Privat

Am 6. Mai 2010 wird in Großbritannien ein neues Parlament gewählt, doch egal ob Labour (Sozialdemokraten) oder Tories (Konservative) den nächsten Premierminister stellen: Mehrere Gewerkschaften haben schon Streiks gegen die von beiden Parteien geplanten massiven Kürzungen im öffentlichen Dienst angekündigt, mit denen die Kosten der Bankenrettung nach unten durchgereicht werden sollen. Zugleich sind Spenden von den Gewerkschaften

eine zentrale Geldquelle für Labour – ohne sie wäre die Partei kaum existent, geschweige denn wahlkampffähig. Die konservative Presse nutzt das gerne, um Premierminister Brown mangelnde Gewerkschaftsfeindlichkeit vorzuwerfen. Ein ‚Vorwurf‘ dem Labour nach Kräften entgegentritt – durch öffentliche Kritik von Streiks als „unberechtigt“ und handfester, indem die von den Konservativen eingeführten Anti-Streik-Gesetze nach dreizehn Jahren Labourregierung unangetastet geblieben sind. Auf der Grundlage dieser Gesetze wurde zuletzt der Eisenbahnerstreik verboten, mit dem die Beschäftigten sich vor allem gegen massiven Stellenabbau beim der Streckenwartung wehren wollten. Angesichts der tragischen Unfälle, die es seit der Privatisierung der Eisenbahn in England gegeben hat, ein Anliegen, das weit über den berechtigten Kampf um Arbeitsplätze hinausreicht. Nach dem Debakel der privatisierten Bahnunternehmen wurde inzwischen zumindest das Netz wieder verstaat-

licht – doch die zuweilen tödliche Spar- und Profitlogik besteht weiter. Dass viele Gewerkschaften trotz dieser Politik immer noch zu Labour stehen, mag am Fehlen einer parlamentarischen Alternative liegen – im englischen Mehrheitswahlrecht gibt es im Parlament Labour und Tories, sowie einige Liberaldemokraten. Einzig die Grünen, die anders als ihre deutschen ParteifreundInnen etwa den Rückzug aus Afghanistan fordern und Privatisierungen ablehnen, könnten in einigen Wahlkreisen der neoliberalen Alternativlosigkeit trotzen.

Felix Pithan

der zurzeit in Großbritannien studiert

Jetzt hier testen:



14 Tage kostenlos

Neues Deutschland:

Die Sozialistische Tageszeitung
Probe-Abo unter:

www.neues-deutschland.de/abo

Was ist passiert

Landesparteitag der Bremer LINKEN

Nein, stricken stand gestern nicht auf der Tagesordnung der Fortsetzung des 6. Landesparteitages (LPT) der Bremer LINKEN. Es mussten noch zwei Kommissionen komplettiert und die Bremer Delegierten zum Bundesparteitag gewählt werden. Der LPT vertagte sich vor gut zwei Monaten, da aus Zeitgründen neben den ausstehenden Wahlen auch einige Anträge nicht verabschiedet werden konnten.

Als Tagungsort hatten sich die OrganisatorInnen den Veranstaltungssaal im frisch renovierten OTe-Zentrum ausgesucht, wo kurz vor Ostern die legendäre Begegnungsstätte „Gabriely“ nach zweijähriger Umbauphase wiedereröffnet wurde.

Stolz informierte der Manager vom Bremer Quartier Tenever, Joachim Barloschky, die Anwesenden in seinem

Grußwort darüber, wie sich in den letzten Jahren nicht nur das Veranstaltungszentrum OTe, sondern auch der ganze Stadtteil verändert hat. Einige Hochhäuser wurden abgerissen, viele Wohnstätten modernisiert und das Straßenbild „aufgemöbelt“.

Nach der Ansprache stiegen die Mitglieder des Landesverbandes in die Wahl der weiblichen Delegierten aus Bremen zum Bundesparteitag (BPT) im Mai in Rostock ein. Toni Brinkmann (LdW), Helga Ebbers (Nord-West) und Claudia Bernhardt (Mitte-Ost) setzten sich durch.

Im zweiten Wahlgang konnten Bernd Brejla (Nord-West), Christian Wechselbaum (LdW) und Klaus-Rainer Rupp (Mitte-Ost) die meisten Stimmen erringen.

Die Nachwahlen zu weiblichen Mitgliedern der Landesschiedskommissi-

on und der Landesfinanzrevisionskommission wurden wiederum vertagt, da sich niemand bereit erklärte, für diese Funktionen anzutreten.

Nachmittags wurden noch einige LPT-Anträge besprochen und verabschiedet. Um 17 Uhr beendete der Sitzungsleiter Dr. Friedhelm Grützner so überpünktlich, dass die Strickware von Ulrike Albrecht nicht fertiggestellt werden konnte. Das Mitglied des SprecherInnen-Rats der Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheit und Soziales hat sicherlich die Zeit bei der Heimreise nach Berlin genutzt, um das Werk dann im Zug zu Ende bringen.

mh

Der ausführliche Bericht kann auf der Webseite www.dielinke-bremen.de/partei/parteitag nachgelesen werden.



Foto: Michael Horn

Was ist passiert

Macht abgeben an die Stadtteilparlamente

Viele Punkte standen in der Stadtbürgerschaft im Monat April wieder einmal nicht auf der Tagesordnung. Da wundert es nicht, wenn Bürgerschaftspräsident Christian Weber anregt, das Bremer Stadtparlament abzuschaffen und deren Aufgaben an die Beiräte zu übergeben.

Eine Idee, die vom Sprecher des Kreisverbandes Nord-West, Michael Horn begrüßt wurde: „Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung und längst überfällig. Durchsetzen wird

er seinen Vorschlag nicht können, da dies nicht im Interesse der etablierten Parteien ist. Denn dann müsste Macht an die Stadtteile abgegeben werden. SPD, CDU, FDP und die Grünen reden öffentlich gerne über Bürgerbeteiligung, wenn es aber darauf ankommt, schrecken sie davor zurück“, so das Waller Beiratsmitglied.

Im Januar dieses Jahres beschloss die Stadtbürgerschaft ein neues Beirätengesetz mit mehreren Kompetenzerweiterungen für die StadtteilpolitikerInnen. Für den linken Kommunalpolitiker

gehen diese Veränderungen aber nicht weit genug: „Die jetzigen Beiräte, die nur Verwaltungsausschüsse sind, hätten bereits mit dieser Gesetzes-Novellierung auf die politische Ebene geholt werden müssen, anstatt ihnen nur einige Mitwirkungsrechte mehr zu ermöglichen.“ Im Beiratswahlkampf 2011 will er die Beirätestruktur erneut thematisieren.

Redaktion

Mitglieder des Kreisverbandes Links der Weser diskutieren Parteiprogramm-Entwurf

Der Kreisvorstand Links der Weser hatte am 20. April 2010 zum Kreismitgliedertreffen eingeladen. Vorgestellt wurde der Entwurf zum Parteiprogramm. Bundesvorstandsmitglied Inga Nitz gab eine Einführung und beschrieb die Ursprünge sowie die Arbeit der Programmdiskussion der letzten Jahre, die geprägt war vom Streit um Positionen, die teilweise weit weg gewesen seien von realpolitischen Vorstellungen. Schließlich habe man sich auf den jetzigen Entwurf verständigt. Peter Erlanson gab anschließend einen Überblick über die Struktur und Inhalte des Entwurfs.

Bei Kuchen und Würstchen diskutierten die Mitglieder unter anderem über den Schwerpunkt Ökologie und Erhalt der Natur nach dem Scheitern von Kopenhagen. Es wurde gefragt, wie „linksdemokratisch“ zu definieren sei. Kritisiert wurde, dass das Programm zu theoretisch sei, es zu viele

Schachtelsätze und Wiederholungen gäbe und nicht ansprechend formuliert sei. Die Frage nach einer Kurzfassung oder einer Fassung in einfacher Sprache wurde von Inga Nitz verneint. Unser Gast Herbert Breidbach (VVN) forderte statt theoretischer Formulierungen im Parteiprogramm, die Umsetzung in der praktischen politischen Arbeit in der Bürgerschaft und in den Stadtteilparlamenten. Peter Erlanson stellte die Frage: Wozu braucht DIE LINKE so ein Programm? Anschließend versuchte er auch gleich, Antworten auf diese Frage zu finden. Für Einige sei es wichtig, ein neues Parteiprogramm zu haben. Für Andere habe es eine identitätsstiftende Funktion. Wichtig sei es, dass die Positionen der Sozialisten erkennbar seien.

Es wurde sich von dem Parteiprogramm ein deutlicheres Bekenntnis zum Grundgesetz sowie eine sprachlich vereinfachte Fassung gewünscht. Der Programm-Entwurf biete auch

die Möglichkeit, für uns und unsere politische Arbeit gegenüber den Bürgern zu werben. Eine Teilnehmerin fragte nach positiven Formulierungen im Programm. Sie wies auf die zunehmend schlechte Wahlbeteiligung, die Frustration und Enttäuschung der WählerInnen hin. Hier müsse DIE LINKE Ideen entwickeln, die Menschen wieder zu erreichen. Es wurde der Wunsch geäußert, die Diskussion über den Programmentwurf fortzusetzen.

Sechs Mitglieder fanden sich zusammen und gründeten eine AG Programm-Entwurf. Der nächste Termin wurde auch gefunden: am Dienstag, dem 18. Mai 2010 um 19.30 Uhr im Links-Treff. Buntentorsteinweg 109. Weitere Interessierte sind willkommen.

Thea Kleinert

Was ist passiert

DIE LINKE vor Ort: Auf der BreNor 2010



Bereits zum dritten Mal war die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN auf der Blumenthaler Gewerbeschau BreNor vertreten. Unser Stand in Zelt 2 erfreute sich regen Interesses.

Die Standgäste wurden eingeladen, ihre Ideen auf eine Pinnwand zu bringen und zu diskutieren. Die Bürgerschaftsabgeordnete Inga Nitz freute sich über die vielen spontanen Vorschläge und sprach sich dafür aus, dass die Ideensammlung öffentlich fortgesetzt und von den zuständigen Gremien ernsthaft berücksichtigt wird: „Dass nur eine Expertenkommission über die Zukunft des BWK-Geländes befinden soll, ist aufgrund der hohen Identifikation der Blumenthaler mit ihrem Stadtteil nicht einzusehen.“

Folgende Ideen wurden am BreNor-Stand der Fraktion DIE LINKE vom 16. bis 18. April 2010 zusammengetragen: Abschaffung des Heizkraftwerks, öffentliche Nutzung und Zugang zur Weser, Anlage von Park- und Grünflächen, Wohnbebauung, Restaurants am Wasser/Aussichtsturm mit Gastronomie, ‚Schlachte für Bremen-Nord‘, öffentlicher Anleger/Bootsverkehr in die Innenstadt, kulturelle Angebote/Kino/Werftenmuseum, Indoor-Kinderspielplatz/ Paintball/Abenteuer-Spielhalle, kleine und mittelständische Unternehmen mit Anbindung zum Stadtteil, Veranstaltungskonzept in Zusammenarbeit mit dem Haus Blomendal, ‚Modelleisenbahn e.V. sucht neue und kostengünstige Halle zur Nutzung‘.

Anke Krone

18. Pfingsten mit DIE LINKE. vom 21. Mai bis 24. Mai 2010 in der Europäischen Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee in Altenhof

- jeden Abend Tanz in der Sporthalle bis in die Morgenstunden
- Samstag und Sonntag großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest
- Fußball und Volleyballwettkämpfe am Samstag
- politische Talkrunden im Zelt am Strand zu aktuellen Themen, gemischt mit Musik und Tanz
- Europatag mit Europa-Abgeordneten und internationalen Gästen
- natürlich wieder im Angebot: Dampfer-Abendfahrt mit Musikprogramm, Skatturnier, Kulturbühne ...
- ND-live

Versorgung: - Halbpension
- für »Zwischendurch« stehen mehrere Grill- und Getränkestände für die Gäste bereit

Nachfragen über Restplätze bei:
birgit.menz@t-online.de

Aktuelle Infos zum Programm ab März 2010 unter www.die-linke.de

Quelle: www.die-linke.de

Was ist passiert

Tagung des Länderrates des FdS in Frankfurt am Main

Ende März tagte im Öko-Haus in Frankfurt am Main zum ersten Mal der neu gebildete Länderrat des „Forum demokratischer Sozialismus“ (FdS). In diesen Länderrat kann jeder Landesverband des FdS eine/n VertreterIn entsenden, der zweimal jährlich tagen soll.

Die anwesenden VertreterInnen haben kurz über die aktuellen Situationen in ihren Ländern berichtet. Die kürzlich erfolgte Gründung des FdS-Bremen ist dabei sehr begrüßt worden. Um auf der Landesebene besser arbeiten zu können soll die Gründung des FdS-Hamburg und des FdS-Schleswig-Holstein unterstützt werden.

Im Anschluss an diese Berichte aus den Bundesländern sind einige wesentliche Inhalte des Programmentwurfes der Partei vorgestellt worden. In einer ersten Bewertung des Entwurfes ist durch den Länderrat übereinstimmend als positiv festgestellt worden, dass dieser Entwurf durch einen die inhaltlichen und strategischen Differenzen innerhalb der Partei widerspiegelnden Pluralismus geprägt ist und es dabei in ihm viele Gemeinsamkeiten mit Positionen des FdS gibt. Insgesamt ist mit diesem Entwurf eine gute inhaltliche Grundlage für die Diskussionen über das Parteiprogramm vorhanden. Allerdings ist auch an verschiedenen Stellen des Program-

mentwurfes schon eine erste Kritik geübt worden. Diese kritischen Anmerkungen sind mehr oder weniger stark vor allem bei dem Geschichtsbild, den Ausführungen zum Feminismus und zum Patriachat, der Einschätzung des Neoliberalismus, dem sehr starken Ökonomismus, der zu eng gefassten Eigentumsproblematik, der Problematik Staat und Verstaatlichung, der Genossenschaftsfrage, der Thematik des sozial-ökologischen Umbaus sowie

den Ausführungen zu den Problematiken EU und Außenpolitik im Programmentwurf gemacht worden.

Die Arbeit an diesem Programmentwurf, seine differenzierte Bewertung und Kritisierung sowie das Ausarbeiten von Alternativen wird in den nächsten Monaten ein Schwerpunkt der Arbeit des FdS sein, auch innerhalb des FdS-Bremen.

Andre Diers



Aktuell

Personalien

Kreisvorstand LdW wieder komplett

Auf ihrer letzten Mitgliederversammlung wählte der Kreisverband Links der Weser seine Sprecherin sowie ein weiteres Mitglied im Vorstand nach. Neben Christian Wechselbaum ist nun auch die Neustädter Beirätin Thea Kleinert gleichberechtigte Vorsitzende dieser Gliederung. Den Vorstand komplettiert Anke Maurer, die ebenfalls nachgewählt wurde.

Neuer Büroleiter

Die Bremer Bundestagsabgeordnete Agnes Alpers trennt sich Presseberichten zufolge zum 1. Juli 2010 von ihrem Bremer Büroleiter Jörg Gühler. Der Sprecher des Kreisverbandes Mitte-Ost ist mit sofortiger Wirkung freigestellt. Die genauen Hintergründe der Kündigung sind unklar. Ab dem 2. Mai 2010 wird der bisherige Mitarbeiter des Landesverbandes, Rudolf Kossolapow, neuer Mitarbeiter der Parlamentarierin.

MitarbeiterIn der Landesgeschäftsstelle gesucht

Die dadurch freigewordene Stelle in der Landesgeschäftsstelle soll nun schnellstmöglich neu besetzt werden. Bis zum 4. Mai 2010 können sich Mitglieder der LINKEN für diesen Job bewerben. Nähere Infos sind auf der Webseite des Landesverbandes (www.dielinke-bremen.de) nachzulesen.

*Redaktion***Unser Veranstaltungstipp:**

Sinti und Roma – Vom Schützenhof ins Konzentrationslager

In einem Schnellbrief vom April 1940 ordnete das Reichsministerium des Inneren an, dass Mitte Mai 2500 „Zigeuner in geschlossenen Sippen“ ins Generalgouvernement Polen transportiert werden sollten. Als Sammellager für die in Bremen festgenommenen Sinti und Roma diente der Schützenhof in der Bromberger Straße. Von dort aus wurden sie am 16. Mai 1940 über Hamburg in verschiedene Arbeits- und Konzentrationslager deportiert.

Aus diesem Anlass erinnert der Vortrag des Historikers Manfred Bannow-Lindtke am 19. Mai 2010 (Mittwoch) um 19 Uhr im Nachbarschaftshaus Helene-Kaisen (Beim Ohlenhof 10) an die Verfolgung der Sinti und Roma im 3. Reich.

*Redaktion***Auszählung des Mitgliederentscheids der LINKEN: Breite Zustimmung zur neuen Führungsstruktur der Partei**

Mit der öffentlichen Auszählung der Stimmzettel wurde der erste Mitgliederentscheid der LINKEN am 25. April 2010 beendet. Gut 48 Prozent der Parteimitglieder beteiligten sich. In unserem Landesverband lag die Wahlbeteiligung bei knapp 40 Prozent. Bundesweit stimmten über 84 Prozent für die neue Führungsstruktur (in Bremen 80 Prozent), 94 Prozent wollen einen erneuten Mitgliederentscheid zum Parteiprogramm im nächsten Jahr (in Bremen 91 Prozent). mh

mh

Aus meinem Bücherregal

Mein Buchtipp zum Tag der Arbeit:

Das Kommunistische Manifest

Schaut doch mal
wieder rein ...

Anaconda Verlag (ISBN-10: 3-86647-439-3), 2,95 Euro

Birgit Menz



Quelle: www.de.wikipedia.org



Termine

1. Mai 2010

DIE LINKE vor Ort

Bei den Demonstrationen in der Bremer Innenstadt, Bremen-Nord und Bremerhaven und mit einem Stand auf dem Domshof.

5. Mai 2010

Klausursitzung der Bürgerschaftsfraktion

Im Haus der Bremischen Bürgerschaft.

5. Mai 2010

Wer spart, zahlt drauf!

Um 19 Uhr im Lehe-Treff
(Eupener Straße 3b in Bremerhaven).

6. Mai 2010

Anhörung der Bürgerschaftsfraktion zu hochschulpolitischen Themen

Von 17.30 Uhr bis 21 Uhr im Haus der Bremischen Bürgerschaft.

9. Mai 2010

Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Jost Beilken lädt ein zur Wahlparty ab 17.30 Uhr in den Links-Treff in der Gröpelinger Heerstraße 120

10. Mai 2010

18 Uhr Wahlbüro

Landesgeschäftsstelle, Faulenstr. 75

12. Mai 2010

Kreisvorstandssitzung Nord-West

In Gröpelingen

15. Mai 2010

Bundesparteitag der LINKEN

In Rostock.

16. Mai 2010

Bundesparteitag der LINKEN

In Rostock.

26. Mai 2010

Wer spart, zahlt drauf!

Um 19 Uhr im Links-Treff des Bremer Westens (Gröpelinger Heerstraße 120 in Bremen).

27. Mai 2010

Kreismitgliedertreffen KV Nord-West

In Gröpelingen.

Impressum / Hinweise

Diesen Newsletter erhalten Sie entweder als Mitglied der Partei DIE LINKE, oder weil Ihre E-Mail-Adresse in unsere Mailingliste eingetragen wurde. Parteimitglieder wenden sich wegen Änderungen beim Bezug des Newsletters bitte an die Landesgeschäftsstelle.

Herausgeber:

DIE LINKE. Landesverband Bremen

Redaktion:

Landesarbeitsgemeinschaft rote reporter/innen
Michael Horn (redaktionell verantwortlich,
Inga Nitz, Layout: Prakash Sokolowski

Fotos: Michael Horn (wenn nicht näher bezeichnet)



rote reporter/innen
- die Interessenvertretung
für linke Medienmacher/innen
in und bei DIE LINKE

E-Mail: newsletter@dielinke-bremen.de

Anschrift:

DIE LINKE. Landesverband Bremen
Faulenstraße 75, 28195 Bremen
Fon: (0421) 320 666
Fax: (0421) 320 667
V.i.S.d.P.: Andreas Hein
www.dielinke-bremen.de